

Niederschrift Nr. 21 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Sitzungstermin: Mittwoch, 06.10.2010
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:40 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende
Meyer, Lina

SPD-Fraktion

Bamminger, Berendine für Elfriede Meyer
Brunken, Karola für Helga Grix
Götze, Horst
Meinen, Regina
Schulze, Kai-Uwe (bis 18:25 Uhr)

CDU-Fraktion

Bongartz, Helmut für Petra Orth
Verlee, Carmen

FDP-Fraktion

Bolinius, Erich für Heino Ammersken
Hoofdmann, Erwin für Rolf Bolinius

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Schild, Walter

Fraktion DIE LINKE. Grundmandat

Graf, Wilfried

Beratende Mitglieder

Haarmeyer, Norbert
Hayenga, Klaas
Janssen, Soghra
Steinmeyer, Elke (ab 17:17 Uhr)

Verwaltungsvorstand

Lutz, Martin

von der Verwaltung

Tempel, Doris
Decker, Ubbo Dr.
Kromminga, Engelbert
Szag, Elisabeth
Dübbelde, Sven

Protokollführung

Rauch, Agnes

Niederschrift Nr. 21 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau L. Meyer begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 20 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 11.08.2010

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 20 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 11.08.2010 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 5 Abschluss einer Leistungsvereinbarung mit der Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Emden, zur Förderung der Kooperativen Migrationsarbeit
Vorlage: 15/1738

Frau Szag erklärt, die Verwaltung habe den Beschlussentwurf über den Abschluss einer Leistungsvereinbarung mit der AWO zur Förderung der kooperativen Migrationsarbeit vorbereitet. Die AWO würde diese Integrationsberatungsstelle schon viele Jahre betreiben. Vor einigen Jahren sei schon einmal eine Leistungsvereinbarung über drei Jahre mit der AWO abgeschlossen worden, die dann letztendlich ausgelaufen sei. Nunmehr habe man überlegt, eine erneute Leistungsvereinbarung für weitere drei Jahre abzuschließen. In den letzten Jahre habe die Stadt Emden immer 4.970 € für die Arbeit dieser Integrationsberatungsstelle ausgezahlt. Dieses sei eine Anteilsfinanzierung, zumal ein Großteil der Beratungsstelle vom Land Niedersachsen gefördert werde. Zudem erbringe die AWO auch noch eine Eigenleistung. Inhaltlich habe sich diese Leistungsvereinbarung nicht verändert bis auf die Tatsache, dass sie den jetzigen neuen rechtlichen Bestimmungen angepasst worden sei.

Herr Götze führt aus, die SPD-Fraktion habe sich mit diesem Thema beschäftigt und er hätte eigentlich gehofft, dass Herr Grix heute anwesend sein würde. Seiner Meinung nach könne die

Niederschrift Nr. 21 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Leistungsvereinbarung, die im Moment noch genauso aussehe wie beim letzten Mal, so von der AWO nicht unterschrieben werden. Zudem müssten die Gesetzesänderungen zunächst einmal abgewartet werden. Er sei der Ansicht, dass diese Stelle weiter finanziert werden müsse, da es sich um eine wichtige Einrichtung handle. Dennoch bitte er darum, diese Vorlage in die Fraktionen zu verweisen, um evtl. später den VA entscheiden zu lassen.

Herr Bongartz bemerkt, wenn noch Beratungsbedarf bestehe, könne diese Vorlage selbstverständlich in die Fraktionen verwiesen werden. Er könne jedoch nicht nachvollziehen, aus welchem Grunde die AWO auch noch einen Eigenanteil zahlen müsse, zumal sie ja hier eine Dienstleistung für andere erbringe. Er bittet um Klärung.

Frau L. Meyer entschuldigt Herrn Grix, da dieser verhindert sei.

Herr E. Bolinius ist der Ansicht, dass diese Arbeit insgesamt sehr gut sei. Er frage sich jedoch, warum diese Leistungsvereinbarung auf drei Jahre abgeschlossen werden solle, zumal man sich einig gewesen sei, dass man alle freiwilligen Leistungen auf einen Prüfstand bringen und in der Haushaltskonsolidierungsgruppe besprechen wolle.

Herr Graf schließt sich den Worten von Herrn Bolinius an und bittet darum, eine Auswertung der letzten drei Jahre ggf. durch Herr Grix zu geben.

Herr Lutz erklärt, zur Finanzierung habe diese Vereinbarung nur den § 7, der auf die Anlage 1 verweisen würde, die noch vom Leistungserbringer zu erstellen sei. Hinsichtlich des Eigenanteils führt er aus, die Leistung werde in der Kreisgeschäftsstelle der AWO erbracht und sei mit den sachlichen Ausgaben mit dem Betrieb der Einrichtung anfallenden Kosten von der AWO aufzubringen. Es könne nicht sein, dass aus dieser Vereinbarung heraus die AWO ihre Geschäftsstelle finanziere.

Weiter bemerkt Herr Lutz, wenn vor 20 Jahren etwas angefangen worden sei und man nunmehr feststelle, dass es mit dem selben Aufwand deutlich besser gestaltet werden könnte, dann müsse man es der jetzigen Zeit anpassen. Auch hinsichtlich dieser Leistungsvereinbarung müsse man sich schlicht und ergreifend fragen, was man letztendlich erreichen wolle. Das sei in dieser Leistungsvereinbarung nach seiner Meinung nicht ausreichend konkret enthalten. Aus diesem Grunde müsste man sich noch einmal darüber unterhalten, welche Wirkung bei den Migranten und auch bei der einheimischen Bevölkerung tatsächlich erzielt werden sollte. Herr Lutz betont, bei allen Leistungen, die in der Stadt durchgeführt würden, müsse man sich die Frage stellen, welches Ziel am Ende wirklich herauskommen solle. Wenn man zu dem Ergebnis käme, das Ziel sei nicht erreicht worden, dann müsse man auch den Mut haben, ein Projekt zugunsten einer anderen Maßnahme einzustellen. Hier werde vorgeschlagen, die Vereinbarung mit der AWO so weiter zu führen und die Finanzierungsgrundlagen noch einmal gesondert zu besprechen. Evtl. könne auch noch einmal im Verwaltungsausschuss nachgesteuert werden. Seiner Ansicht nach sei es jedoch besser, eine vertragliche Grundlage zu haben, nach der die AWO abrechnen könne.

Herr Schild führt aus, in der letzten Zeit seien schon einige Leistungsvereinbarungen verabschiedet worden. Das bedeute auch, man habe eine klare Kontrolle und Zielsetzung. Doch auch seiner Ansicht nach sollte gerade im Hinblick auf die jetzige Haushaltslage diese Vereinbarungen nur für ein Jahr ausgesprochen werden. Grundsätzlich unterstütze seine Fraktion selbstverständlich diese Vorlage.

Herr Lutz teilt mit, normalerweise seien die Leistungen von den Vergütungen getrennt, da es von Jahr zu Jahr zu unterschiedlichen Vergütungen kommen könne. Üblicherweise würden Leistungsvereinbarungen für einen längeren Zeitraum abgeschlossen. Die Vergütungen würden

Niederschrift Nr. 21 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

aber nur für ein Jahr abgeschlossen, sodass dann die Möglichkeit bestehe, entsprechend zu reagieren und festzustellen, ob diese Leistung auch weiterhin zu dem Preis eingekauft werde.

Frau Szag führt aus, diese Vereinbarung werde begrenzt auf drei Jahre abgeschlossen. Die Vereinbarungen, die auf ein Jahr abgeschlossen würden, würden automatisch weiterlaufen, wenn sie nicht ein halbes Jahr vorher gekündigt würden. Das geschehe jedoch nur in seltenen Fällen.

Hinsichtlich der Frage nach der Eigenbeteiligung bemerkt Frau Szag, diese werde von der Landesförderrichtlinie vorgesehen und dieses seien in der Regel Bürokosten. Zwar würde es auch nicht förderfähige Aufwendungen geben, doch da müsse sie sich noch einmal bei der AWO informieren, welche Beträge nicht angesetzt werden könnten.

Beschluss: Verweisung an die Fraktionen

Ergebnis: einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 6 Delegiertenversammlung zur Wahl von Mitgliedern des Seniorenbeirats der Stadt Emden
Vorlage: 15/1739

Frau Tempel erklärt, der Kreisfeuerwehrverband Emden e. V. habe im September beantragt, in die Liste der Organisationen aufgenommen zu werden, die in der offenen Altenhilfe tätig seien. Da der Kreisfeuerwehrverband alle Voraussetzungen erfüllen würde, sei der Antrag an den Seniorenbeirat zur Beratung weitergeleitet worden. Von dort aus sei die Ergänzung der Delegiertenliste befürwortet worden. Frau Tempel bittet um Zustimmung zu diesem Beschlussvorschlag, sodass mit Ratsbeschluss der Kreisfeuerwehrverband in das Verzeichnis der offenen Altenhilfe aufgenommen werde und somit auch die Berechtigung bekomme, Förderzuschüsse für ihre geleistete Arbeit zu erhalten.

Frau L. Meyer bedankt sich für die Ausführungen.

Beschluss: Das Verzeichnis der in der offenen Altenhilfe tätigen Senioren, Einrichtungen und Dienste wird um den Kreisfeuerwehrverband Emden e. V. erweitert.

Ergebnis: einstimmig

TOP 7 Sachstandsbericht "Emder Freizeitpass"
Vorlage: 15/1740

Herr Dübbelde gibt anhand einer PowerPoint-Präsentation einen Sachstandsbericht zum „Emder Freizeitpass“. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Frau L. Meyer bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Herr Schulze fragt an, wie hoch der allgemeine Zuschuss der Stadt Emden an die teilnehmenden Unternehmen bzw. Vereine sei.

Niederschrift Nr. 21 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Herr Dübbelde antwortet, für den Freizeitpass selber gäbe es keine Zuschüsse, da die teilnehmenden Unternehmen und Vereine pauschal von der Stadt Emden bezuschusst würden.

Herr Lutz berichtet, er habe in der vergangenen Woche an einer Sitzung des Sozialausschusses des Deutschen Städtetages teilgenommen. Dort sei die aufgrund der gesetzlichen Regelung umzusetzende Chipkarte angesprochen worden, die es aus technischen Gründen erst in drei oder vier Jahren geben werde. Von Seiten der Bundesagentur sei man auf die Kommunen zugekommen und habe darum gebeten, ein vergleichbares System anzubieten. Der Freizeitpass sei vergleichbar. Somit könne auch versucht werden, von der Bundesagentur einen entsprechenden Zuschuss zu erhalten. Allerdings gehe er davon aus, dass nach Einführung der Chipkarte der Freizeitpass nicht mehr benötigt werde. Weiter sei darüber diskutiert worden, inwieweit die Aufgabe von Nachhilfe- oder Förderunterricht möglich sei. Seiner Meinung nach müssten hier jedoch datenschutzrechtliche Punkte bedacht werden.

Herr Götze stellt fest, von 8.500 Personen, die einen Freizeitpass beantragen können, hätten lediglich 1.200 einen solchen. Es seien jedoch nur 4.000 Flyer gedruckt worden. Ihm sei bekannt, dass einige Familien keine Tageszeitung hätten. Da die Zeitung eigentlich das beste Kommunikationsmittel sei, regt er an, dass sich die Zeitung evtl. auch an dem Projekt beteilige und diesen Menschen vergünstigt eine Zeitung zur Verfügung stelle. Er habe den Eindruck, dass die Existenz des Freizeitpasses noch nicht alle Menschen erreicht habe.

Herr Graf berichtet von seinen Erfahrungen mit Bedürftigen, die er auf den Freizeitpass aufmerksam mache. Häufig sei diesen Personen das Vorhandensein einer solchen Möglichkeit gar nicht bekannt. Daher bitte er darum, auch Flyer bei den Fachberatern der ARGE auszulegen. Abschließend fragt er an, um welche drei Sportvereine es sich handeln würde.

Herr Dübbelde entgegnet, das seien der Kneippverein, der Wassersportverein Larrelt sowie der Box- und Athletikclub Emden. Weiter führt er aus, es gäbe 8.500 Transferempfänger und das bedeute ca. 4.000 Haushalte, die Leistungen erhalten würden. Seiner Ansicht nach seien die Flyer gut verteilt worden wie z. B. in allen Schulen und Kindergärten. Aber auch die ARGE habe eine große Anzahl Flyer bekommen.

Herr Bongartz erinnert daran, dass der Freizeitpass durch einen Antrag der CDU-Fraktion ins Leben gerufen worden sei. Seiner Meinung nach sei nicht ein Mangel an Aufklärung dafür verantwortlich, dass der Pass so wenig genutzt werde, es habe eher mit der Lethargie der Leute zu tun, die diese Möglichkeiten kaum nutzen würden. Auch müsse man mit einer gewissen Kontinuität jährlich auf den Freizeitpass hinweisen, denn es würden immer wieder Leute in solche Situationen hineinwachsen. Aus diesem Grunde sei es wichtig, zumindest zum Schuljahresbeginn den Kindern einen entsprechenden Flyer auszuhändigen. Er halte es für wichtig, Angebote zu unterbreiten, damit sie auch wahrgenommen werden könnten.

Frau L. Meyer stellt abschließend fest, mit diesem Projekt sei man auf einem guten Weg, zumal in jedem Jahr immer mehr Leute den Freizeitpass in Anspruch nehmen würden.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Niederschrift Nr. 21 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

TOP 8 Mehrgenerationenwohnprojekt "Huusloof"
Vorlage: 15/1741

Frau Tempel erläutert eingehend, wie die Idee zum Mehrgenerationenwohnprojekt entstanden sei und welche Aktivitäten bislang unternommen worden seien.

Weiter führt Frau Tempel aus, die jetzige Entwicklung veranlasse die Verwaltung jedoch, zum Sachstand zu berichten. Ursprünglich sei man davon ausgegangen, dass ein solches Modellprojekt, welches hier in Emden angestrebt werde, über Landesfördermittel bezuschusst würde. Diese Aussage sei auch mündlich getroffen worden. Allerdings seien dann im letzten Jahr Änderungen zu den Fördervoraussetzungen eingetreten und die Landesfördermittel, die ursprünglich in Aussicht gestellt worden seien, seien leider nicht mehr vorhanden gewesen. Gemeinsam mit der Gewoba habe man überlegt, wie die Finanzierung des geplanten Projektes aussehen könne. Dabei habe man feststellen müssen, dass bei Umsetzung dieses Baus von den zukünftigen Mietern ein Mietpreis gefordert werden müsse, der bei ca. 10 € pro qm liegen würde. Dieser Betrag sei erheblich höher als der momentane Mietpreis auf dem allgemeinen Wohnungsmarkt. Es sei auch überlegt worden, welche Fördermöglichkeiten ausgeschöpft werden könnten und ob der Fachbereich Gesundheit und Soziales jährlich der Gewoba für einen gewissen Zeitraum zu den entstehenden Kosten einen Aufwendungszuschuss zahlen könne, um eine gesicherte Finanzierung auf den Weg zu bringen. Um für die Errichtung von Altenwohnungen Fördermittel zu erhalten, sei es Voraussetzung, dass der Mietpreis der Kaltmiete nicht höher als 6 € pro qm sei. Dieses Ziel habe man nicht erreichen können. Es habe sich herausgestellt, dass ohne zusätzliche Fördermittel ein solches Neubauprojekt in Emden nicht umzusetzen sei. Von daher habe der Aufsichtsrat der Gewoba am 31.08.2010 beschlossen, dieses finanzielle Risiko nicht zu tragen und das Projekt in der geplanten Form zunächst nicht umzusetzen.

Frau Tempel stellt fest, dieses sei für die Verwaltung zunächst einmal ein Rückschlag gewesen. Gemeinsam mit den Mitgliedern des gegründeten Fördervereins sei überlegt worden, ob es sich lohne, in andere Richtungen zu überlegen. Das Interesse an solchen alternativen Wohnformen sei vorhanden, zumal auch der Förderverein diese Art des Zusammenlebens weiter bekannt mache. Grundsätzlich wolle man das Projekt nicht sterben lassen, auch wenn die Umsetzung im Bereich des Neubaus nach der gegenwärtigen Situation nicht realisierbar sei. Mit dem Förderverein wolle man sich den Bestand in Barenburg ansehen, um eine Möglichkeit zu finden, dort diese Art des Zusammenlebens umsetzen zu können. Dabei müssten zunächst die Eigentumsverhältnisse geklärt werden.

Abschließend stellt Frau Tempel fest, zum Zeitpunkt der Vorlagenerstellung sei es Stand der Dinge gewesen, dass man nicht weiter aktiv werden wolle. Doch der Verein sei der Ansicht, sich durch diesen Sachstand nicht davon abbringen zu lassen, weiter an der Idee festzuhalten. Der Fachbereich sei in diesem Fall auch bereit, soweit wie möglich zu helfen und entsprechende Kontakte zu vermitteln.

Frau L. Meyer bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Bolinius bedauert es sehr, dass der Projektneubau eingestellt worden sei. Er könne jedoch die Entscheidung der Gewoba verstehen, den Neubau in dieser Form nicht umzusetzen, wenn die Finanzierung nicht gesichert sei. Er fragt an, aus welchem Grunde die Verwaltung sich nicht die mündliche Zusage der Landesmitteln schriftlich habe geben lassen. Seiner Meinung nach sei eigentlich eine mündliche Zusage nicht üblich. Bezüglich des geplanten Grundstücks erklärt Herr Bolinius, dieses sei von seiner Fraktion als sehr unglücklich angesehen worden, da es sinnvoller wäre, dieses Grundstück dem Krankenhaus zur Verfügung zu stellen. Abschlie-

Niederschrift Nr. 21 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

ßend stellt er fest, dass jetzt gemeinsam mit dem Förderverein ein anderer Weg beschritten werden solle. Dieses würde er sehr positiv beurteilen.

Frau Tempel erklärt, aus dem Niedersachsenbüro „Gemeinschaftliches Wohnen“ sei damals zu vernehmen gewesen, dass Fördermöglichkeiten bestehen würden, wenn ein Leuchtturmprojekt entwickelt werde. Dieses gelte auch in einer kleineren Stadt. Um einen Förderantrag stellen zu können, habe man einen Projektplan und ein Konzept entwickeln und vorstellen müssen. Als dieses auf den Weg gebracht worden sei, seien diese Fördermittel nicht mehr vorhanden gewesen und das Land habe auch keine weiteren Mittel für diese Projekte zur Verfügung gestellt. Aufgrund dieses unglücklichen Zeitablaufs habe die Stadt Emden letztendlich auch keinen schriftlichen Antrag gestellt und keinen Bescheid bekommen.

Herr Schild führt aus, er sei über die Argumentation in dieser Vorlage sehr verärgert. Demnach sei keine kostendeckende Finanzierung hinzubekommen. Eine Diskussion zu diesem Thema werde schon seit fast drei Jahren geführt. Auch sei es nicht machbar, in Barenburg ein entsprechendes Gebäude auszumachen, da die Wohnungsbaugesellschaften sehr hoch ausgelastet seien.

Weiter betont Herr Schild, er habe das Gefühl, dass hier eine positive Sache ausgebremst werde, indem man behaupte, obwohl es einen hohen Wohnungsleerstand in Barenburg gäbe, komme man nicht an diese Wohnungen heran. In der Vorlage werde argumentiert, dass ein eigenes Grundstück zu teuer sei und nicht finanziert werden könne, weil Fördermittel ausbleiben würden, die ursprünglich eingeplant worden seien. Wenn in jeder Vorlage zu den Auswirkungen auf den Demografieprozess Stellung genommen werde, dann müsse man auch vom Mehrgenerationenwohnen und von Überalterung der Gesellschaft sprechen. Es gäbe zu viele Alleinerziehende, die alleine gelassen würden. Hier sollte ein Modell auf den Weg gebracht werden, welches beispielgebend für die Menschen in der Stadt sei. Auch habe sich schon ein Förderverein gegründet. Seiner Ansicht nach sei es nicht richtig, jetzt einfach zu sagen, es sei kein Geld vorhanden und man könne sich dieses Projekt nicht leisten, da die Haushaltslage sehr schwierig sei. Dann bräuchte man auch keine Demografieprozessklärungen mehr auf den Vorlagen verfassen.

Abschließend stellt Herr Schild die Fragen, welcher Mietpreis kostendeckend wäre, wie viel Prozent der Gesamtsumme die fehlenden Landesmittel ausmachen würden und welche Alternativen die Gewoba vorschlagen würde.

Herr Bongartz erklärt, wer sich den Inhalt der Vorlage durchlese, mache sich schon darüber Gedanken, warum die mündlich zugesagten Landesmittel nicht mehr zur Verfügung stehen würden. Ihm sei auf seine Anfrage beim Ministerium mitgeteilt worden, dass in Hannover kein Antrag der Stadt Emden vorliegen würde. Zudem habe es zu keiner Zeit weder beim Bund noch beim Land aufgrund von mündlicher Zusagen irgendwelche Mittel gegeben. Die Mittel seien schriftlich zu beantragen und so hätten es viele Kommunen gemacht, deren Anträge dann auch positiv beschieden worden seien. Herr Bongartz betont, die Aussage der Verwaltung in der Vorlage, dass mündlich zugesagte Landesmittel nicht mehr zur Verfügung stehen würden, könne von ihm nicht akzeptiert werden.

Hinsichtlich des Projektes führt Herr Bongartz aus, sicher würden sich alle noch an die damalige Diskussion erinnern, bei der Herr Bolinius und er gesagt hätten, man sollte dem in unmittelbarer Nähe liegendem Krankenhaus dieses Grundstück nicht nehmen, um bei evtl. Erweiterungsbauten darauf zurückgreifen zu können. Leider habe der Rat seinerzeit einen anderen Beschluss gefasst.

Niederschrift Nr. 21 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Herr Bongartz bezieht sich auf die Frage von Herrn Schild, welche Alternativen die Gewoba nunmehr vorschläge, und erklärt, es sei nicht die Aufgabe der Gewoba, solche Dinge voranzutreiben. Seiner Meinung nach sei es Aufgabe des Rates der Stadt Emden und man könne höchstens mit der Gewoba darüber diskutieren, ob es die finanzielle Lage der Gewoba überhaupt zulasse, so ein Projekt zu betreiben. Die Mitglieder des Aufsichtsrates würden sehr wohl darauf achten, dass die Gewoba gesund bleibe, zumal sie bereits schwere Lasten für die Stadt trage. Wenn man dieses Projekt weiter betreiben wolle, dann sollte man das seiner Ansicht nach ehrlich im Hinblick auf die dramatische Situation der finanziellen Lage der Stadt Emden machen. Da bräuchte man sich über zusätzliche Projekte wirklich keine Gedanken mehr zu machen.

Herr Bongartz weist darauf hin, dass das Mehrgenerationenwohnen in vielen Orten bereits gut laufe. Aus diesem Grunde könne man durchaus in Barenburg nach geeigneten Objekten suchen. Er weist auf die Fläche des abgerissenen Extra-Marktes hin. Hier sei die Stadt Emden Eigentümerin und es wäre durchaus überlegenswert, die Fläche zu nehmen. Allerdings stehe man da wieder vor der gleichen Problematik. Von daher empfehle er, mit Bedacht an ein solches Projekt herzugehen und es nur dann durchzuführen, wenn man es sich wirklich leisten könne.

Frau Bamminger erklärt, die SPD-Fraktion bedauere diese Entwicklung. Es seien jedoch damals bezüglich der Finanzierung seitens der Bundesregierung große Hoffnungen gemacht worden. Sie regt an, Kontakt zu dem Sanierungsträger aufzunehmen, der auch zu den Fondsgesellschaften Verbindungen habe. Ihrer Meinung nach sei das Grundstück für das Mehrgenerationenwohnen optimal gewesen.

Herr Lutz erklärt, der gerade frei geräumte Platz sei selbstverständlich untersucht worden. Dabei habe man festgestellt, dass der finanzielle Unterschied zum Grundstück an der Bolarusstraße nur gering sei. Hinsichtlich der Fragen führt er aus, dass er das Gefühl habe, es werde der Verwaltung unterstellt, sie suche nach irgendwelchen Entschuldigungen. Das streite er ab. Die Verwaltung habe sich wirklich darum bemüht, aus dem Bestand geeignete Wohnungen zu bekommen. Solche Wohnungen würde es jedoch nicht überall in der Stadt geben. Auch Anfragen bei den Sanierungsträgern blieben teilweise sogar ohne eine Antwort. Die Differenzen zwischen den Mieten pro qm seien genannt worden. Von den 10 € pro qm hätte man noch einmal 40 % abziehen müssen, doch dieses sei bei einem Neubau nicht möglich. Die Gewoba habe hinsichtlich ihrer Wohnungen einen recht geringen Leerstand, sodass sie keine zusammenhängenden Wohnblöcke im Bestand habe.

Herr Lutz erklärt, eine Grundvoraussetzung für dieses Projekt sei gewesen, dass es refinanzierbar sei. Wenn jetzt gesagt werden, man wolle das Projekt durchführen, dann müsse auch gesagt werden, wo und wem er das Geld dafür wegnehmen sollte. Eine Alternative wäre eine Privatinitiative, um die Angelegenheit ins Rollen zu bringen. Abschließend stellt Herr Lutz fest, natürlich müsse sich das Projekt wirtschaftlich tragen, aber letzten Endes dürfe man die Menschen, die dort einziehen würden, auch nicht wirtschaftlich überfordern.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 9 Sachstand der Altenhilfeplanung im Hinblick auf den Bestand von Altenwohnungen
Vorlage: 15/1743

Frau Tempel erklärt, diese Vorlage sei aufgrund eines Zeitungsartikels auf die Tagesordnung gesetzt worden und sollte eigentlich von dem Sozialplaner, Herrn Engels, präsentiert werden.

Niederschrift Nr. 21 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Leider könne Herr Engels an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen, sodass sie vorschläge, bei weiterem Informationsbedarf dieses Thema noch einmal in der nächsten Sitzung auf die Tagesordnung zu nehmen.

Sie führt aus, Mitte September habe man in der Zeitung einen Artikel lesen können, wonach in Emden 1.250 geeignete Seniorenwohnungen fehlen würden. Dieser Bedarfsermittlung des Pestelinstituts widerspreche Herr Engels vehement. Dieses habe er auch in der Vorlage dargestellt. Im Rahmen der Altenhilfeplanung werde auch darauf geschaut, wie sich der Bestand von Altenwohnungen entwickeln würde. Dabei sei nicht nur der Bestand an entsprechend ausgewiesenen Altenwohnungen relevant, sondern man müsse auch festhalten, ob die Senioren bedarfsgerecht untergebracht seien. Weiterhin müsse man ermitteln, ob der Bestand an Wohnungen, die aufgrund von Wohnungsanpassungsmaßnahmen entsprechend nachträglich hergerichtet worden seien, den Anforderungen an altersgerechte Wohnungen auch erfüllen würden. Hierüber gäbe es aber keine amtlichen Erhebungen. In Bezug auf die Altenwohnungen selbst sei von Herrn Engels festgestellt worden, für die in Emden lebenden Menschen ab 65 Jahren gäbe es einen Bedarf von 359 Wohnungen. Im Gegensatz dazu gäbe es bislang 286 ausgewiesene Altenwohnungen. Der vom Pestelinstitut festgestellte Bedarf sei wesentlich überhöht dargestellt worden, sodass die Situation in Emden nicht so dramatisch sei. Auch würden sich immer wieder Investoren finden, die entsprechende altengerechte Wohnungen errichten oder im Rahmen von Wohnungsanpassungsmaßnahmen Investitionen vornehmen würden, damit den Senioren ein altersgerechtes Wohnen ermöglicht werde.

Herr E. Bolinius teilt mit, er sei über die in der Presse genannte Anzahl auch sehr erstaunt gewesen. Bei ihm seien auch mehrere Leute vorstellig geworden, die gerne in einer altengerechten Wohnung leben würden und nunmehr fragten, wo man diese beziehen könne. Leider habe er hier keine Auskunft geben können. Er bittet um Mitteilung, an welchen Standorten sich diese Altenwohnungen befinden würden. Gerade auch in den Vororten habe es immer wieder Pläne für solche Wohnungen gegeben, die aber letzten Endes im Sand verlaufen seien. Er bittet diesbezüglich die Stadt um Unterstützung, wenn sich Investoren melden würden.

Weiter bemerkt er, ein namhafter Emdener Bürger habe ihm kürzlich vorgeschlagen, bei einem Umbau der Kaufhalle dort auch altengerechte Wohnungen einzubauen. Er finde die Idee gar nicht so abwegig, zumal viele ältere Menschen in der Stadtmitte wohnen möchten.

Frau Tempel weist bezüglich der Standorte der altengerechten Wohnungen auf den neuen Seniorenwegweiser hin, der entsprechende Informationen enthalte. Gerade auch im innerstädtischen Bereich würde es einen hohen Anteil an Seniorenwohnungen geben. Ihr sei allerdings nicht bekannt, wie die Fluktuation im Einzelnen sei. Ggf. müsse man sich in eine Warteliste eintragen lassen.

Herr Schild schlägt vor, in einer der nächsten Ausschuss-Sitzungen Herrn Hans-Hermann Janssen einzuladen, der über eine lange Berufserfahrung verfüge und sich mit der Problematik auskenne.

Hinsichtlich der Vorlage stellt Herr Schild fest, hierbei habe man es wieder mit einer Verquickung zu tun und komme nicht umhin, die heutigen Vorlagen als Ganzes zu betrachten. Seiner Ansicht nach sollte man seinen Blickwinkel verändern und nicht nur von Altenwohnungen reden, sondern von einem gemeinsamen Zusammenleben. In der Vorlage stehe, eine Altenwohnung solle den Bedürfnissen der älteren Menschen entgegenkommen. Jedoch stelle sich hier die Frage, welche Maßnahmen notwendig seien, um dieses zu ermöglichen. Davon werde nie gesprochen.

Niederschrift Nr. 21 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Weiterhin werde auf einen 25 Jahre alten Landesaltenplan Bezug genommen. Er fragt an, ob dieser Plan in der Zeit einmal modifiziert worden sei.

Frau L. Meyer unterbricht Herrn Schild in seinen Ausführungen und bittet darum, diese in die Tiefe gehenden Fragen an Herrn Engels zu richten. Sie halte es für den richtigen Weg, wenn dieser Punkt erneut auf die Tagesordnung des nächsten Ausschusses für Gesundheit und Soziales genommen werde.

Herr Schild ist mit dieser Verfahrensweise einverstanden.

Herr Bongartz schlägt vor, bei der Erschließung von Baugebieten Grundstücke freizuhalten, um dort zu einem späteren Zeitpunkt altengerechte Wohnungen zu bauen. Gerade in einigen Stadtteilen bestehe von den Bürgern häufig der Wunsch, dort bleiben zu können.

Herr Haarmeyer erklärt, die Caritas verfüge über Seniorenwohnungen mitten in der Stadt. Er habe in den letzten Wochen mindestens zehn Leuten eine Wohnung angeboten und bislang nur Absagen erhalten. Die Aufgabe des eigenen Hauses oder der eigenen Wohnung sei für viele Menschen ein großer mentaler Schritt.

Frau Steinmeyer bittet um Auskunft, ob altengerecht auch barrierefrei für Menschen mit Behinderungen gleichkäme. Zu dieser Frage sollte Herr Engels ebenfalls informieren.

Ergebnis: vertagt

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN UND GRUPPEN

TOP 10 Situation und Betreuung der ehemaligen Bewohner der Larrelter Batterie;
- Antrag der SPD-Fraktion vom 01.09.2010
Vorlage: 15/1742

Herr Kromminga erklärt, die Gemeinschaftsunterkunft in der Larrelter Batterie sei Ende November 2007 geschlossen worden, da alle 19 Personen, die dort gewohnt hätten, im Laufe des Jahres in Wohnungen im Stadtgebiet eingezogen seien. Seinerzeit habe man sich darauf geeinigt, die Bewohner nicht unbedingt im Stadtteil Barenburg unterzubringen. Es sei jedoch sehr schwierig, überhaupt Wohnungen für diesen Personenkreis zu finden. Der Verwaltung sei es gelungen, für fast alle ehemaligen Bewohner der Batterie verteilt über die Stadt Emden Wohnungen zu finden. Lediglich vier Personen seien nach Barenburg gekommen. In dieser Wohngemeinschaft sei es immer wieder zu Problemen gekommen, die auf zwei Bewohner zurückzuführen gewesen seien. Eine Person sei mittlerweile ausgewiesen worden und die andere wohne auch bereits nicht mehr in dieser Wohngemeinschaft. Seit diesem Zeitpunkt seien ihm außer dem Problem mit der Müllentsorgung keine weiteren Beschwerden der Anwohner zugetragen worden.

Herr Kromminga führt weiter aus, diese Personen seien bis Ende des Jahres 2007 durch einen Mitarbeiter der AAFÖG, der seinerzeit im Rahmen einer Projektarbeit eingestellt worden sei, betreut worden. Nunmehr würden die Personen durch die Mitarbeiter der Flüchtlingshilfe betreut. Leider stehe aufgrund einer Personalbedarfsprüfung nur noch eine Stelle hierfür zur Verfügung, sodass die Betreuung seit dem letzten Jahr sehr eingeschränkt worden sei. Da festgestellt worden sei, dass die Personen weitgehend in Emden bleiben würden, habe man die Verhandlungen mit der AAFÖG aufgenommen, um wieder eine gewisse Betreuung dieses Personenkreises sicherzustellen.

Niederschrift Nr. 21 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Frau Bamminger bemerkt, die SPD-Fraktion habe den Antrag gestellt, da es gerade in Barenburg zu großen Problemen mit diesen Bewohnern gekommen sei. Nach Aussage des Hausmeisters würden die Bewohner ständig wechseln. Ihrer Ansicht nach sei auch eine 62 qm große Wohnung für vier Personen eigentlich zu klein. Die Mieterberatung in Barenburg würde laufend von Mitbewohnern aufgesucht werden, die im gleichen Eingang wohnen würden.

Herr Kromminga teilt mit, die Kollegen aus der Flüchtlingshilfe seien in diesem Jahr auf das Müllproblem im Keller hingewiesen worden. Daraufhin hätten diese sich mit den Bewohnern in Verbindung gesetzt und eine Firma beauftragt, den Müll zu entsorgen. Bis auf dieses Problem sei es zu keinen Klagen gekommen. Seit dem Einzug im Februar 2007 hätten in der Wohnung insgesamt neun Leute gewohnt, von denen jetzt noch drei dort leben würden. Die jetzigen Bewohner seien seiner Auffassung nach vollkommen unauffällig. Ihm seien keine Klagen bekannt.

Frau Bamminger zweifelt an, dass die anderen Mieter ihre Probleme dem Fachdienst Wohnen mitteilen würden. Sie begrüßt es jedoch, dass eine Betreuung erneut angestrebt werde. Hinsichtlich des Hauses in Wolthusen stellt sie die Frage, ob die Stadt Emden dieses Haus angekauft habe und wie viele Personen dort wohnen würden.

Herr Kromminga entgegnet, das Haus sei von der Stadt Emden angemietet worden und es verfüge über elf Schlafplätze, sodass dort maximal elf Personen untergebracht werden könnten. Es sei seit längerer Zeit so geregelt, dass jeweils Neuankömmlinge dort wohnen würden, wobei es sich fast ausschließlich um alleinstehende jüngere Männer handeln würde, die für das Leben hier vorbereitet würden. Dabei sei es sehr schwierig, überhaupt Wohnraum für diese Menschen zu finden. Die Verwaltung sei dankbar über Adressen von Vermietern, die bereit seien, für Flüchtlinge Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

Frau Bamminger erklärt, die Beiratsmitglieder, die die Mieterberatung durchführten, seien gerne bereit, entsprechend mitzuhelfen.

Herr Schild stellt fest, es sei damals sehr schwierig gewesen, die Personen aus der Batterie in verschiedene Stadtteile unterzubringen. Seiner Meinung nach sei dieses sehr gut gelungen und es habe sich auch gezeigt, dass es zu einer Entzerrung gekommen sei.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 11 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Herr Lutz informiert die Ausschussmitglieder, dass nunmehr die Genehmigung des Nachtrags Haushalts vorliegen würde. Diese Genehmigung enthalte einige Bemerkungen. So müsse die Stadt Emden u. a. über die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen nachdenken. Nähere Informationen werde er in der morgigen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation geben.

Niederschrift Nr. 21 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

TOP 12 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.